Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

307 (31.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 307 | **Samstag, den 31. Dezember 1932** | **104. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Reichsernährungsminister Freiherr von Braun hat seinen Weihnachtsurlaub abgebrochen, nachdem durch das Sinken der Butterpreise und die Vorstöße der Landwirtschaft für völlige Buttersperre sowie durch den Butterbeimischungszwang eine schwierige Lage entstanden ist.

*

Eine Gesamtfunktionärsitzung der KPD. Groß-Münchens wurde von der Polizeidirektion verboten.

*

Der Leiter der Bezirksdirektion Köln der Deutschen Reichspostreklame GmbH. und sein Stellvertreter sind wegen Veruntreuung von etwa 200 000 RM. verhaftet worden.

*

Die englische Regierung hat die Ratifizierung des österreichischen Anleiheprotokolls des Völkerbundssekretariat eingesandt.

*

Die Polizei in Barcelona ist einem anarchistischen Komplott auf die Spur gekommen. Drei Personen wurden festgenommen.

*

Nach einer Washingtoner Meldung der Agence Havas sind die französisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen vorläufig ausgesetzt worden.

*

In Bad Landeck wurde unter dem Verdacht, in über 200 Fällen Kircheneinbrüche verübt zu haben, ein Reisevertreter verhaftet. Eine Haussuchung brachte außerordentlich viel belastendes Material zutage.

*

Der Bischof von Ohrenburg ist in Moskau wegen Bekämpfung der Gottlosenbewegung zu sechs Jahren Gefängnis und zur Verbannung auf fünf Jahre verurteilt worden.

Umschau.

Vor neuen Kämpfen im neuen Jahr. — Die Schicksalsfrage des Reichstags. — Besorgnisse der Wirtschaft.

):(Durlach, 31. Dezember.

Nach dem Weihnachtsburgfrieden setzen nun die Vorgefechte für neue Kämpfe auf parlamentarischem Boden ein. Mitte Januar, spätestens Ende Januar muß die Entscheidung darüber fallen, ob Parlament und Reichsregierung werden zusammenarbeiten können, oder nicht. Im letzteren Fall ist die Auflösung des Reichstages nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge zu erwarten. Die Reichsregierung aber hat in ihren letzten Verlautbarungen darüber keinen Zweifel gelassen, daß es ihr ganz recht sei, wenn eine Klärung der politischen Haltung des Reichstags möglichst bald erfolge.

Es handelt sich darum, welchen Gebrauch die größte Partei des Reichstags, die Nationalsozialisten, von ihrer Schlüsselstellung machen wird. Sie ist ohne weiteres in der Lage, schon allein zusammen mit den Kommunisten die Reichsregierung zu stürzen, kann aber dazu noch außerdem jederzeit die sozialdemokratische Partei haben, die ja schon erklärt hat, daß sie sich dem kommunistischen Mißtrauensvotum anschließen wird. Es handelt sich also darum, ob die Nationalsozialisten gewillt sind, es baldigst zum Kampf mit dem Kabinett von Schleicher kommen zu lassen und in der Folge davon zu Neuwahlen, trotzdem sie mit der Krise im eigenen Lager reichlich zu tun haben. Sozialdemokraten und Kommunisten nützen natürlich die Situation aus, in der sie imstande sind, die Nationalsozialisten in erhebliche Verlegenheiten zu bringen. Diese haben dem Weihnachtsburgfrieden zugestimmt, müssen sich aber nun bereits im Aeltestenrat am 4. Januar darüber entscheiden, ob der Reichstag möglichst früh, d. h. Mitte Januar zusammentreten wird. In diesem Fall wird es dann wahrscheinlich nicht wie beim letzten kurzfristigen Reichstag gleich zur Auflösung, sondern zunächst zu einer ausgiebigen politischen Aussprache kommen, an deren Schluß die Schicksalsfrage dieses Parlaments, die Abstimmung über die Mißtrauensvoten folgt.

*

Die Reichsregierung will und kann dem nicht aus dem Wege gehen. Verharrt die nationalsozialistische Partei bei ihrer Haltung und behält in ihren Reihen weiterhin die unversöhnliche, einer Regierungsbeteiligung feindliche Strömung die Oberhand, nachdem sie bisher schon den Sturz des ersten Mitarbeiters Hitlers, Gregor Strasser, zustande gebracht hat, dann ist mit der zur Auflösung des Parlaments und zu Wahlen im März führenden Entwicklung zu rechnen. Nach den in dieser Woche vorliegenden Stimmen der nationalsozialistischen Presse, die weiter, auch das Hauptorgan, der „Völkische Beobachter", zum entschiedenen Kampf um die Macht und zur Opposition auffordert, zeigt sich vorerst wenig Aussicht, den Sammelgedanken, der vor Weihnachten scheiterte, nun zu Beginn des neuen Jahres zu verwirklichen.

Gewiß würde die gegenwärtige Reichsregierung auch nach der Parlamentsauflösung als geschäftsführende Regierung weiter im Amt bleiben und ihre Arbeit fortsetzen können. Aber es ist natürlich dann nicht dasselbe, als wenn eine Regierung mit Stabilität am Ruder ist, die keinen Wahlkampf mit heftigster Aufwühlung aller Gegensätze zu spüren haben wird. Deshalb sieht man in den Kreisen der Wirtschaft der kommenden politischen Entwicklung mit Ernst und Besorgnis entgegen, denn die wichtigste Grundlage des Wiederaufbaues wird mit Recht in einer stabilen Führung der Staatsgeschäfte erblickt.

Gerade zum Frühjahr wird es auf eine solche Führung der Staatsgeschäfte ankommen. Denn dann muß es sich entscheiden, ob die Voraussagen des gemäßigten Optimismus, die wir zum Jahreswechsel aus nahezu allen Berichten der Handelskammern und Privatunternehmungen hören, richtig sind. Diese Voraussagen stehen im Zusammenhang mit der Gesamtlage der Weltwirtschaft und sehen auch die deutsche Wirtschaftskonjunktur zur Zeit auf ihrem tiefsten Punkt, aber in horizontaler Richtung verlaufen. Aber auf diesem Talweg der Depression werden bereits gangbare Wege zu besseren allgemeinen Verhältnissen erblickt. Diese Möglichkeiten gilt es zu nützen. Hemmungen und Bremsungen aber durch die Fortsetzung der politischen Machtkämpfe, mit denen, wie gesagt, aufs allerernsteste zu rechnen ist, müssen die Möglichkeiten des Aufstiegs verringern.

*

Natürlich wird es keine Regierung allen Parteien recht machen können. Die Gegensätze der Interessentengruppen werden selbst in viel leichteren Zeiten, als es die gegenwärtigen sind, sich äußern und auch im Parteigetriebe ihren Ausdruck finden. Der Reichskanzler hat sich in seiner Programmrede für eine dogmenfreie Wirtschaftspolitik unter Ausnutzung der Mögkeiten, die sich im Laufe der Zeit ergeben, ausgesprochen, also für eine Politik der Sachlichkeit, die sich übrigens bemerkenswerterweise mit dem sachlichen Optimismus begegnet, der in Wirtschaftskreisen herrscht. Das nun zunächst mit einer halben Milliarde Mark in Gang gesetzte Arbeitsbeschaffungsprogramm durch öffentliche Arbeiten wird nirgends überschätzt, auch wenn noch, sobald es die Finanz- und Kreditlage des Reiches erlauben, weitere gleich hohe Summen zum gleichen Zweck ausgeworfen werden. Denn man weiß, daß alle öffentliche Arbeitsbeschaffungen nur Hilfsmaßnahmen gegen die schlimmste Not darstellen, eine Brücke aus dem Sumpf, bis die Wirtschaft aus einer Besserung der Gesamtkonjunktur wieder festeren Boden unter sich gewinnt. Das gilt für alle Maßnahmen, auch für die Maßnahmen zu Gunsten der Landwirtschaft, der es endgültig dann erst besser gehen kann, wenn die Kaufkraft der Massen aus einer natürlichen Besserung der Lage der Privatwirtschaft sich wieder stärkt.

Im Gegensatz zu diesen Auffassungen stehen die eigentlich sozialistischen Theorien, die glauben, alles von Maßnahmen des Staates erwarten zu können. Dieser Gegensatz aber ist es, um den schließlich auch der Kampf in den Reihen der nationalsozialistischen Partei geht. Setzt sich bei ihr die sozialistische Richtung weiter durch, so ist mit einer Mitarbeit und Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Gruppen nicht zu rechnen. Dabei liegen allerdings obendrein die Dinge gar nicht so einfach. Denn es handelt sich bei dieser Partei nicht nur um Auseinandersetzungen, um die sozialistische Seite ihres Programms, sondern auch um Fragen der Taktik und praktischen Politik, bei der ja bemerkenwerterweise gerade der Sozialist Gregor Strasser mehr für Mitarbeit und Zusammenarbeit mit den auf dem Boden des Privateigentums stehenden Parteien der Mitte eintrat.

Verhaftungen in Köln

Köln, 30. Dez. Der Leiter der Bezirksdirektion Köln der Deutschen Reichspostreklame G.m.b.H., Bonz, und sein Stellvertreter Kind sind unter dem Verdacht der Unterschlagung oder Veruntreuung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Klingelpütz gebracht worden. Der durch die Veruntreuungen entstandene Fehlbetrag soll sich auf 160 000 bis 170 000 RM. belaufen.

Nadolny über Stand und Aussichten der Abrüstungspolitik

T.U. **Hannover**, 31. Dez. Der „Hannoversche Anzeiger" bringt einen Artikel des Führers der deutschen Abordnung zur Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny, über Stand und Aussichten der Abrüstungspolitik. Nadolny schildert zunächst die schwierige Lage in Genf zu Anfang des verflossenen Jahres und schreibt dann u. a.:

Die vorbereitende Abrüstungskommission, die fünf Jahre getagt hatte, war über alle unsere Anträge und Einsprüche hinweggegangen und hatte einen Vorentwurf einer Konvention zusammengebracht, der nichts von Abrüstung enthielt und der ausdrücklich nochmals die Entwaffnungsbestimmungen der Friedensdiktate festlegte, sie sogar zur Voraussetzung jeder Rüstungsbeschränkung der anderen Staaten machte. Das bedeutete für uns nochmalige Unterzeichnung des Versailler Diktats gegenüber der ganzen Welt. So schien es fast, als sollte die Konferenz denselben Verlauf nehmen wie ihre Vorläuferin, die vorbereitende Kommission. — Aber die Zeiten hatten sich inzwischen geändert. Die gegnerische These von der Weltverbrecherschaft Deutschlands hatte durch die unermüdliche deutsche Arbeit gegen die Kriegsschuldlüge an Wirkung verloren. Die aus den Friedensdiktaten entstandenen politischen Spannungen wurden trotz Völkerbund, Kelloggpakt und einem Netz von Bündnis-, Nichtangriffs- und Schiedsverträgen als immer bedrohlicher und untragbarer empfunden. Vor allem aber machte sich die wirtschaftliche Not immer erschreckender fühlbar. Die wahrhaft imposante Kundgebung der Friedensorganisationen aller Länder, die sich zu Beginn der Konferenz in Genf einfanden und Abrüstungspetitionen von einer Million nach der anderen vorbrachten und auf den Konferenztisch niederlegten, war ein beredtes Zeugnis dieser Weltstimmung. Sie konnte ihren Eindruck auf die versammelten Delegierten nicht verfehlen. Man erkannte, daß etwas Positives geschehen mußte, daß die Abrüstung sich nicht mehr umgehen ließ. Es war Italien, das den ersten ,die Konferenz bestimmenden Schritt in dieser Richtung tat. Ausgehend von der Plattform der Humanisierung des Krieges, die schon in der vorbereitenden Kommission betreten worden war, stellte es die Forderung der qualitativen Abrüstung, d. h. der Beseitigung der schweren Waffen, und diese Forderung wurde von der Konferenz aufgenommen und zum Beschluß erhoben. Sie bedeutete schon eine wesentliche tatsächliche Herabsetzung der Rüstung. Es folgten Amerika und Rußland mit grundlegenden Anträgen einer quantitativen Abrüstung, d. h. einer zahlenmäßigen Herabsetzung, und damit war die Konferenz auf die Plattform eines wirklichen Abrüstungsprogramms gestellt. Damit aber wurde es zugleich klar, daß die Welle in unserer Richtung zu laufen begann und daß auch für unsere Gleichberechtigung die Stunde geschlagen hatte.

Der weitere Gang der Konferenz, von der Warte ihres heutigen Standes aus gesehen, braucht hiernach nicht mehr mit dem Pessimismus betrachtet zu werden, den man bei ihrem Beginn mit Recht hegen mußte. Ja, ich glaube mich keinem übertriebenen Optimismus hinzugeben, wenn ich sogar die Ueberzeugung ausspreche, daß die Konferenz im kommenden Jahr — wenn nicht besondere Zwischenfälle die Weiterarbeit vereiteln — tatsächlich zu einem positiven Ergebnis gelangen wird, nämlich zu einer Konvention, die sowohl eine nennenswerte allgemeine Abrüstung wie auch die volle Anwendung unserer Gleichberechtigung enthalten wird. Freilich wird zur Erreichung der beiden für unsere Unterschrift unter die Konvention maßgebenden Ziel der allgemeinen Abrüstung und unserer Behandlung gleich allen anderen Staaten, noch manche Schwierigkeiten zu überwinden und mancher Kampf auszufechten sein . Für die Abrüstung liegen wohl auf qualitativem Gebiet bereits gewisse positive Einzelergebnisse vor, immerhin sind auch hier noch große Gegensätze hinsichtlich einzelner Waffengattungen auszutragen. Auf dem Gebiet der quantitativen, d. h. der zahlenmäßigen Herabsetzung der Rüstungen aber steht einstweilen kaum mehr fest als das Prinzip, nämlich der Hooversche Plan. Alles weitere, insbesondere die Frage der Vereinbarkeit der verschiedenen Wehrsysteme, ist noch zu regeln. Es wäre zu wünschen, daß die Konferenz sich in dieser Hinsicht in der ersten Konvention noch nicht zu sehr in Einzelheiten verliert, sondern sich zunächst möglichst mit globalen Lösungen begnügt und die genauere Bestimmung späteren Konferenzen vorbehält. Was aber die Frage der Gleichberechtigung betrifft, so wird jedem, der die unter der energischen Vermittlung Englands zustandegebrachte Einigungsformel der fünf Mächte unter die Augen genommen hat, ohne weiteres einleuchten, daß hierin zwar ihre Anerkennung als Grundsatz ausgesprochen ist, daß aber über die Art der Anwendung dieses Grundsatzes die Meinungen noch sehr weit auseinandergehen, ja, sich zum Teil sogar diametral gegenüberstehen.

Trotzdem, es gibt für die Konferenz meines Erachtens kein Rückwärts und kein Halten mehr. Sie muß und wird alles daran setzen, um zu einer Abrüstungskonvention zu gelangen, und zwar zu einer Konvention, die auch wir unterzeichnen. So wollen wir mit guter Hoffnung und mit ruhiger Entschlossenheit wieder in die Verhandlungen hineingehen, mit Entschlossenheit unser deutsches Recht ungeschmälert zur Geltung zu bringen, aber auch mit Entschlossenheit unsere Arbeit in den Dienst des Ganzen zu stellen und alles, was wir können, zu tun, um das Ergebnis der Konferenz zu fördern und der Welt zu der Entspannung und Befriedung zu verhelfen, die sie von der Abrüstung erwartet.

Französische Anleihe für Oesterreich

Kammersieg der Regierung

Paris, 30. Dez. Die Aussprache in der französischen Kammer über die österreichische Anleihe wurde am Donnerstag abend zu Ende geführt. Herriot trat mit Nachdruck für den Gesetzentwurf ein, wobei er darauf hinwies, daß Frankreich, wenn die österreichische Anleihe nicht zustande käme, bis 1934 für 750 Millionen Francs Zinsen einzustehen habe. Auch müsse man sich der politischen Rückwirkungen vor Augen halten, wenn man die österreichische Regierung des vierten Teils ihrer Einnahmen beraube. Die Not Oesterreichs dürfe nicht dazu beitragen, den Traum der Alldeutschen zu verwirklichen. Es handle sich um die politische, wirtschaftliche und moralische Unabhängigkeit Oesterreichs. Finanzminister Cheron erklärte, nach reiflicher Prüfung glaube er, der Anleihe für Oesterreich zustimmen zu können, als einem Werk des wirtschaftlichen Wiederaufbaues.

Ministerpräsident Paul Boncour sagte, daß es sich bei der Anleihe um eine außenpolitische Maßnahme handle, deren Risiko geringer sei als das früherer Maßnahmen. Um die Gewißheit zu haben, daß Oesterreich nicht wieder unter die „Hegemonie eines Nachbarstaates" falle, sondern seine Unabhängigkeit bewahre, müsse man dafür sorgen, daß die Unabhängigkeit Oesterreichs nicht bedroht werde. Louis Marin stellte einen Gegenantrag, gegen den der Ministerpräsident die **Vertrauensfrage** stellte. Die Kammer lehnte den Gegenantrag Marin mit 387 gegen 189 Stimmen ab.

Nachdem inzwischen die Sozialisten sich in erregter Fraktionssitzung mit 40 gegen 9 Stimmen für Bewilligung der Vorlage entschieden hatten, **wurde die Bürgschaftsübernahme für 100 Millionen Schilling der österreichischen Anleihe mit 352 gegen 188 Stimmen angenommen.**

*

Frankreich wird also den Kaufpreis zahlen, den es dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß für einen neuerlichen Verzicht auf den Anschluß wie auf Zollgemeinschaft mit dem Reich versprochen hat. Welch scharfer Widerstand im österreichischen Nationalrat sich gegen diesen politischen Schacher erhoben hat — der Nationalrat hat mit nur einer Stimme Mehrheit zugestimmt — ist unvergessen. In Frankreich wurde damals die Erreichung des neuerlichen Verzichts Oesterreichs als großer Erfolg der französischen Außenpolitik gefeiert, auch von denen, die jetzt in der Kammer sich anstellten, als ob der geringe Betrag von 100 Millionen Schilling, zur Zeit nicht mehr als 50 Millionen RM., den französischen Staatshaushalt über den Haufen werfen müßte. Noch dazu handelt es sich ja nur um Uebernahme der Bürgschaft für Aufbringung der Summe; also kommt sofortige Zahlung aus der, allerdings zur Zeit bedenklich leeren, Staatskasse gar nicht in Frage. Es ist gerade das Bittere an dem politischen Handel, der Oesterreich auf weitere zwanzig Jahre an der Selbständigkeit seiner Entschlüsse beraubt, indem es ihm die politisch unerwünschte und wirtschaftlich unerträglich „volle Unabhängigkeit" aufzwingt, daß so ein geringer Betrag dazu ausreicht, dies Zugeständnis zu erkaufen. Paul Boncour geht aus der kritischen Lage, in die er durch den Widerstand gegen die Anleihe geraten war, mit gefestigter Stellung hervor. Auch die Schwierigkeiten, die sich im Senat ergeben hatten, der die Ausgabe von neuen Schatzscheinen auf drei statt der Regierung geforderten fünf Milliarden Francs beschränken wollte, sind behoben. Der Senat hat nicht nur das Haushaltszwölftel mit der großen Mehrheit von 242 gegen 6 Stimmen mit nur geringfügigen Abänderungen am Text der Kammer angenommen, sondern auch sich mit der Heraufsetzung der Höchstgrenze der Schatzscheine um fünf Milliarden einverstanden erklärt.

Das kleine Oesterreich hatte den Anstoß zur Erschütterung des ganzen Kreditgebäudes der Welt gegeben. Der große Gegenspieler war Frankreich, das im Interesse der Stützung seiner Macht nicht nur auf Einsetzung seines ganzen Einflusses, selbst auf die Gefahr neuer tiefgehender Erschütterungen hin, verzichtete. Ob Oesterreich in seinen Finanznöten durch die französische Anleihe wirksame Hilfe gebracht werden kann, erscheint mehr als fraglich, da die Summe viel zu klein ist, um Oesterreich eine ausgleichende Hilfe zu bringen. Andererseits kann Oesterreich selbst auf diesen kleinen Betrag nicht verzichten. Es wird, um überhaupt weiter existieren zu können, weiterhin eine frankophile Politik betreiben. Der erneute Verzicht auf den Anschluß, der von Laval gefordert wurde, wäre nichts anderes als eine erneute Demütigung des kleinen Staates, der in seiner jetzigen Form nicht leben und nicht sterben kann. Sachlich würde gar nichts Neues erreicht werden. Die Anschlußpolitik ist auf Jahre hinaus erledigt. In Oesterreich hat man sich damit abgefunden, da gar kein anderer Weg bleibt, als den einmal gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Auch von deutscher Seite ist keinerlei Initiative zu erwarten. Wir haben vordringlichere Sorgen, als daß wir uns noch mit der Anschlußfrage beschäftigen könnten, noch dazu, da unter der augenblicklichen politischen Konstellation gar nichts erreicht werden kann. Das Problem Oesterreich harrt nach wie vor seiner Lösung. Aber man kann ihm erst nähertreten, wenn eine allgemeine Entspannung der Lage eingetreten ist. Bis dahin liegt Oesterreich in Fesseln. . . . . .

*

Englische Ratifizierung des österreichischen Anleiheprotokolls

Genf, 30. Dez. Die englische Regierung hat ebenfalls die Ratifizierung des österreichischen Anleiheprotokolls dem Völkerbundssekretariat eingesandt. Man erwartet, daß die französische Ratifizierung morgen eingehen wird, da die Kammer ihre Zustimmung gegeben hat. So kann das Protokoll am letzten Tag seiner Ratifizierungsfrist doch noch in Kraft treten.

Eine Woche politische Aussprache im Reichstag?

Berlin, 30. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des V.d.Z. meldet, wird in parlamentarischen Kreisen des Reichstages angenommen, daß das Reichstagsplenum bei seinem Wiederzusammentritt in der zweiten Januardekade **eine längere politische Aussprache durchführen wird**, die etwa eine Woche dauern soll. Grundlage dieser Aussprache sollen außer den Mißtrauensanträgen noch eine große Zahl weiterer Anträge verschiedener Fraktionen, vor allem über wirtschaftspolitische Dinge, sein. Am Ende der Aussprache würde dann über die Mißtrauensvoten abgestimmt werden. Es heißt, daß diesmal auch die Nationalsozialisten den Wunsch haben, vor Abstimmung über die Mißtrauensanträge die Regierungserklärung zu hören und die politische Debatte durchzuführen. Weiter verlautet, daß unmittelbar nach dem Zusammentritt des Aeltestenrates, also nach dem 4. Januar, **die Koalitionsbesprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wieder aufgenommen werden.** Wie bekannt, werden dann am 10. Januar die Ausschußarbeiten des Reichstages fortgesetzt, und zwar zunächst mit Tagungen des Haushalts- und des sozialpolitischen Ausschusses. Auch soll der Handelsausschuß des Reichstages für bald zusammenberufen werden.

Gereke über die Wiederherstellung der Kaufkraft

Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, Dr. Gereke, veröffentlicht in der Zeitschrift „Der Heimatdienst" einen Artikel, worin es zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als eine wichtige Aufgabe bezeichnet wird, die notwendige Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Er vertrete keinesfalls Notstandsarbeiten oder im herkömmlichen Sinne „zusätzliche" Arbeiten, sondern die Durchführung **regelmäßiger Arbeiten der öffentlichen Hand**, für die die Arbeitskräfte zu **regelmäßigem Lohn** herangezogen werden müßten. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung, so heißt es u. a. in dem Artikel, haben wir gegenwärtig eine Arbeitslosigkeit von mehr als sieben Millionen Menschen. Zusammen mit den Angehörigen der Erwerbslosen leben rund 15 Millionen Deutscher von öffentlichen Unterstützungen, belasten damit nicht nur die öffentlichen Haushalte, sondern fallen auch für den Konsum weitgehend aus. Es ist deshalb von Anfang an mein Bestreben gewesen der Auffassung zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Wirtschaft nur wieder belebt werden kann, wenn möglichst viele Arbeitslose zu vollem Lohn eingestellt werden, damit wir wieder jene Kaufkraft herstellen, die wir zur Verbesserung des Absatzes von Landwirtschaft und Industrie dringend brauchen. Gerade die Bemühungen zur Verbesserung der Lage unserer **Landwirtschaft** werden nur dann von vollem Erfolg gekrönt sein, wenn die große Masse der Verbraucher in ihrer Kaufkraft wieder gestärkt ist.

Ein neuer Schnelligkeits-Rekord

Berlin, 30. Dez. Der „fliegende Holländer", der neue Schnellwagen, der am Donnerstag seine letzte Probefahrt mit einer ganzen Reihe bekannter Persönlichkeiten unternahm, brauchte für die Strecke Berlin—Hamburg nur 138 Minuten gegenüber 142 Minuten auf seinen früheren Probefahrten. Unter den Fahrtteilnehmern befanden sich u. a. Staatssekretär Dr. Meißner als Vertreter des Reichspräsidenten, Staatssekretär Planck als Vertreter der Reichsregierung, der Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn, Dr. Dorpmüller, ferner mehrere höhere Beamte des Reichsverkehrsministeriums, Professoren der Universitäten und Technischen Hochschulen usw. Unter den geladenen Hamburgern befanden sich u. a. der Präsident der Hamburger Handelskammer, Nottebohm, Geheimrat Dr. Cuno, Dr. Melchior und Max Warburg.

Die englische Konkurrenz des „Fliegenden Hanseaten".

T.U. **London**, 30. Dez. Die englische Presse hat das größte Interesse für den „Fliegenden Hanseaten" gezeigt, da auch in England die Einführung eines schnellen Zugverkehrs zu den Fragen gehört, die das Publikum auf das lebhafteste interessieren. Zu der Rekordfahrt des „Fliegenden Hanseaten" hatte die englische Presse behauptet, daß der neue Schnellverkehr zwischen London und Brighton eine noch größere Durchschnittsgeschwindigkeit erreichen werde. Am Freitag ist nunmehr diese neue vollelektrische Strecke in Betrieb genommen worden. Die Züge haben auf der Strecke eine Geschwindigkeit von über 75 englische Meilen, d. h. also nicht ganz 140 Kilometer in der Stunde erreicht. 23 Züge werden in Zukunft täglich diese Strecke befahren. Die Einweihung der Bahn fand in England umsomehr stärkste Beachtung, als sie mit dem 50jährigen Jubiläum der ersten elektrischen Bahn in England zusammenfiel. Nachdem die Southern Railway nunmehr diese Linie nach dem Dreischienensystem elektrifiziert hat, beabsichtigt auch die North-Eastern-Railway, ähnliche Schnellzüge einzurichten, und zwar nach dem Muster der deutschen Schnelltriebwagen mit Diesel-elektrischem Antrieb. Die Frage, welches System, das vollelektrische oder das Diesel-elektrische den Vorzug verdient, wird von der englischen Fachpresse auf das lebhafteste erörtert.

Das deutschnationale Aufbauprogramm

Zur Schulden- und Zinsnot.

T.U. **Berlin**, 30. Dez. Die Thesen, in denen die D.N.V.P. ihre Auffassung über das Schulden- und Zinsenproblem in ihrer letzten Vorstandssitzung zusammengefaßt hat, lauten:

Die Schuld- und Zinsnot in Deutschland ist aufs äußerste gestiegen:

Ihre Ursachen sind:

1. Die Blutentziehung durch Versailles und die Tribute.
2. Die hemmungslose Verschuldung Deutschlands an das Ausland zu hohen Zinssätzen in der Stresemannzeit.
3. Die Rückzahlung von über 8 Milliarden Auslandsschulden in den Jahren 1931 und 1932.
4. Die Ueberlastung durch die Ansprüche des öffentlichen Haushaltes insbesondere durch den Steuerdruck.

Die Lösung muß von den Ursachen ausgehen. Die Inflation, sowie die einmal gezahlten Tribute lassen sich nicht rückgängig machen. Anders liegt es mit den Auslandsschulden. Die allgemeine Regelung muß von folgenden Grundsätzen ausgehen: Gläubiger und Schuldner haben ein gemeinsames Interesse an der Erhaltung des Kapitals. Gläubiger und Schuldner haben ein gleichmäßiges Interesse an einem gerechten Zins. Gerecht ist ein Zins, der der Rente entspricht. Untragbarer Zins gefährdet den Schuldner und damit den Vermögenswert des Gläubigers. Zinszuschüsse aus öffentlichen Mitteln, d. h. zu Lasten des Steuerträgers können, nur ganz vorübergehend gerechtfertigt werden. Für die Art, wie man die Ermäßigung der Zinsen anzufassen hat, geben die Erfahrungen der Zinskonversionen in andern Ländern, namentlich in England, einen Anhalt.

Nach alledem verlangen wir von der Reichsregierung bezüglich der Außenschulden sofortiges und energisches Vorgehen.

Der deutsch-argentinische Handelskonflikt

Noch keine Entscheidung über die Meistbegünstigung

Berlin, 30. Dez. Zu Pressemeldungen über Wirtschaftsverhandlungen mit Argentinien geht uns eine Aufklärung zu, der wir entnehmen: Seit dem 15. November 1932 hat Argentinien in einem Handelsvertrag mit Chile diesem Lande eine Reihe von Zollermäßigungen zugestanden und diese nicht nur sofort in Kraft gesetzt, sondern sie auch gleichzeitig auf England, Frankreich und Italien auf Grund der Meistbegünstigung übertragen; dagegen sind sie Deutschland, das sie gleichfalls auf Grund der Meistbegünstigung für sich in Anspruch nimmt, verweigert worden. Wahrscheinlich steht diese veränderte Haltung der argentinischen Regierung in Zusammenhang mit den bekannten Bestrebungen Argentiniens, mit gewissen anderen Ländern in ein allgemeines Zollpräferenzverhältnis zu kommen. Da alle deutschen Vorstellungen bei der argentinischen Regierung ohne Ergebnis geblieben sind, und da die deutschen Waren seit diesem Tage tatsächlich bereits differenziert behandelt werden, hat die deutsche Regierung sich gezwungen gesehen, **Argentinien von der deutschen Meistbegünstigungsliste zu streichen und den deutschen Obertarif auf einzelne argentinische Erzeugnisse wie Talg, Premier Jus, Mais usw. anzuwenden.** Diese Bestimmung sollte ursprünglich schon am 1. Januar 1933 in Kraft treten. Auf argentinisches Ersuchen ist der Tag des Inkrafttretens dann aber auf den 10. Januar hinausgeschoben worden, um nochmals einen Zeitraum für Verhandlungen über die Beilegung dieser Meinungsverschiedenheit zu lassen.

Der letzte Einsatz.

Roman von Georg Urbat.

Copyright 1932 by Romanvertrieb E. Kuklik, Halle-Saale.

(Nachdruck verboten.)

3

Dann saß da noch Minna, die Stallmagd, angetan mit dem neuen Sonntagskleid, weil doch die Edle von Yorkshire, die unter ihrer Obhut stand, es heute auf dreizehn Sprößlinge gebracht hatte. Weiter Herr Hans Laurischkat, der junge Inspektor, der immer noch rot wurde, wenn Bärbel ihn ansprach.

Einige Ehrengäste aus dem Dorf saßen noch da und schließlich zwei kleine Stalljungen, die zum Geburtstagskind gute Beziehungen pflegten, in frisch gewaschenen, gestreiften Jacken.

Alles hübsch der gutshöflichen Rangordnung nach geordnet.

Harro, der glückliche Bräutigam, wurde natürlich ungeduldig und rief übermütig: „Bärbel, Bärbel! Ich habe Kaffeedurst. Wo bleibt denn das Geburtstagskind? Wer hat denn heute eigentlich Geburtstag!"

„Nur nicht so ungeduldig, mein Sohn!" rief Bärbel überlegen tuend zurück. „Lerne beizeiten warten! In der Ehe wirst du es früh genug lernen."

Ein Kichern flog verstohlen über den Tisch. Harro machte ein komisches, wütend sein sollendes Gesicht und drohte mit dem Finger zu Bärbel hinüber.

Ihre Schwester Adele aber, der dieser ganze Scherz nicht paßte und die ihr hochmütigstes Gesicht aufsetzte, beugte sich zur Mutter und sagte leise: „Ich finde dieses ganze Theater reichlich überflüssig! Warum läßt du Bärbel so viel den Willen?"

Die Mutter wehrte und sagte gütig: „Laß sie doch, Adele! Es tut doch keinem weh und schadet niemand. Sie hat oft so drollige Einfälle. Da gibt es immer etwas zu lachen. Und die Leute auf dem Hof haben etwas, wovon sie einander erzählen und sich auch darüber freuen können. Das gibt eine bessere Stimmung auf dem Hof. Die haben wir in dieser schweren Zeit bitter nötig."

Adele schwieg. Nervös trommelten ihre Finger auf der Decke des Tisches.

Bärbel war mit ihren Vorbereitungen fertig. Sie stand vor einem kleinen Tisch. Der Tisch mochte der Geburtstagstisch sein. Er war mit einer großen Girlande geschmückt. Auf dem Tisch standen drei flache, hölzerne Schalen. In der einen waren kleine Stückchen Würfelzucker. In der zweiten kleine Stücke schwarzes und helles Brot und in der dritten Mohrrüben. An der Flachseite des Tisches in einem kleinen Kranz von Blumen standen drei kleine Kerzen und in der Mitte ein größeres Licht, gewiß das Lebenslicht. Das Geburtstagskind schien demnach drei Jahre alt zu sein.

Und nun steckte Bärbel mit dem ernsten, feierlichen Ausdruck, den ihr junges Gesicht heute hatte, die drei Lichter an, warf noch einmal einen prüfenden Blick über den Tisch, klatschte in die Hände und rief über den weiten Gutshof: „Hallo, William! Er kann kommen!"

Ein aufgeregtes Trampeln und Rumoren unruhiger Pferdehufe ging drüben im Pferdestall los, und dann erschien in der Tür des Stalles, geführt von einem kleinen grauhaarigen Mann, ein Pferd, unruhig tänzelnd und mit den Ohren spielend.

„Loslassen! rief Bärbel. Und dann wieder: „Rex! Rex! Schön herkommen!"

Der alte William ließ das Pferd frei. Es stutzte einen Augenblick, als wenn es sich erst an die veränderte Sachlage gewöhnen müßte. Wieder rief Bärbel und ging einige Schritte in den Hof hinein. Und nun hatte das Pferd sie erkannt. Es wieherte auf, und in spielendem, schlaksigem Trab, als wenn es noch ein junges Füllen wäre, kam es über den Hof zu Bärbel gelaufen. Sofort suchte es schnuppernd an Bärbels Händen, ob es da nicht etwas zu lecken gäbe.

„Warte, warte noch ein wenig, du Strolch!" sagte Bärbel zärtlich. „Heute gibt es großen Familienkaffee!"

Sie nahm das Tier an der Halfter. Es war ein wunderschöner, goldglänzender Fuchs, mit zarter, weißer, ins Rosarote überspielender Schnauze und schlanken, unten weißen Fesseln.

„Ach, der Rex hat Geburtstag!" rief Harro, der Bräutigam, und schlug mit der flachen Hand gegen die Stirn, als müsse er sich wundern, so begriffsstutzig gewesen zu sein.

6.

Bärbel aber hielt eine kleine Geburtstagsrede. „Lieber Rex!" sagte sie und führte ihn dicht vor die hohe Versammlung am Kaffeetisch. „Du bist zwar im März geboren wie alle ordentlichen Pferde, aber da du mir heute vor drei Jahren feierlich von Muttchen geschenkt worden bist, so feiern wir eben deinen Geburtstag im Sommer. Die Herrschaften, die hier dir zu Ehren unserer guten Mamsell Höpfners schönen Kaffe trinken und ihren Kuchen essen wollen, sind dir ja alle bekannt. Aber diesen schönen Mann hier", sie führte das Pferd an das Ende der Tafel, wo der junge Offizier saß, „den kennst du noch nicht. Darf ich vorstellen: Rex aus der Leda von Jupiter — Harro Leitner, Oberleutnant im ersten Ostpreußischen Reiterregiment in Königsberg."

Und damit machte Bärbel mit der Hand eine höfliche Geste, wie man eben fremde Leute einander vorzustellen pflegt.

Harro Leitner aber zog ein komisch empörtes Gesicht, schlug mit der flachen Hand auf den Tisch und rief: „Das ist doch allerhand! Zum erstenmal in meinem Leben bin ich einem Gaul vorgestellt worden!"

Doch er hatte nicht lange Zeit, empört zu sein.

„Reverenz, Rex, Reverenz!" rief Bärbel leise. Mit der Reitpeitsche tupfte sie leicht sein Bein. Und nun schob Rex den Körper leicht zurück, hob den rechten, vorderen Huf zierlich nach innen, beugte den schlanken Hals tief und machte vor Harro eine Reverenz, wie sie schöner eine Hofdame kaum hervorbringen konnte.

Was sollte nun Harro schon anfangen? Er sprang auf und machte seinerseits vor Rex eine tiefe Verbeugung und sagte lachend: „Sehr erfreut, Herr Rex aus der Leda von Jupiter, Ihre werte Bekanntschaft zu machen."

Alles lachte am Tisch. Und die gute Mamsell Höpfner wischte sich sogar vor lauter Lachen die Tränen aus den Augen und rief immer wieder: „Nein, nein, unser Kind, unser Kind. Was das nur alles angeben kann!"

„Unser Kind" nannte man nämlich familiär und einfach auf dem Gutshof Bärbel, obgleich ihr das nicht immer gefiel. Doch Mamsell Höpfner herrschte schon an die zwanzig Jahre in der Küche des Gutes, der konnte sie das nicht übelnehmen.

Mit einer großartigen Handbewegung gebot Bärbel Ruhe. Verhaltene Schelmerei lag wieder auf ihrem jungen Gesicht.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg